

Die Krise der EU

Herausforderung und Chance für den Unterricht

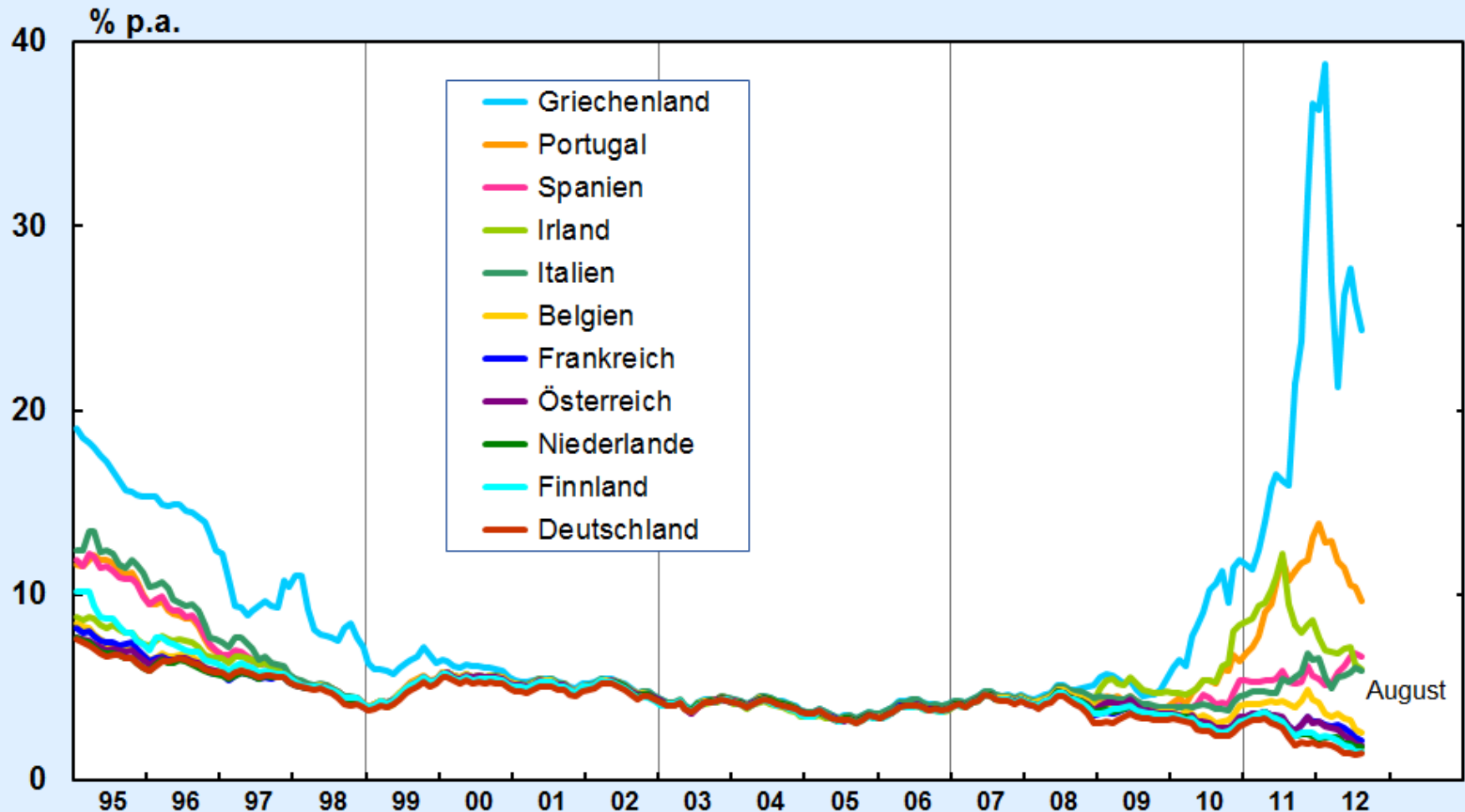
Prof. Dr. Dirk Loerwald

Kiel, 02.10.2012

- (1) Klare Strukturierung
- (2) Hoher Anteil echter Lernzeit
- (3) Lernförderliches Klima
- (4) Inhaltliche Klarheit
- (5) Sinnstiftendes Kommunizieren
- (6) Methodenvielfalt
- (7) Individuelles Fördern
- (8) Intelligentes Üben
- (9) Transparente Leistungserwartungen
- (10) Vorbereitete Umgebung

- Europa ist ein **Kontinent**
- Europa ist eine **Wertegemeinschaft**
- Europa ist die **Idee eines politischen Raums**
- Europa ist ein **Wirtschaftsverbund**

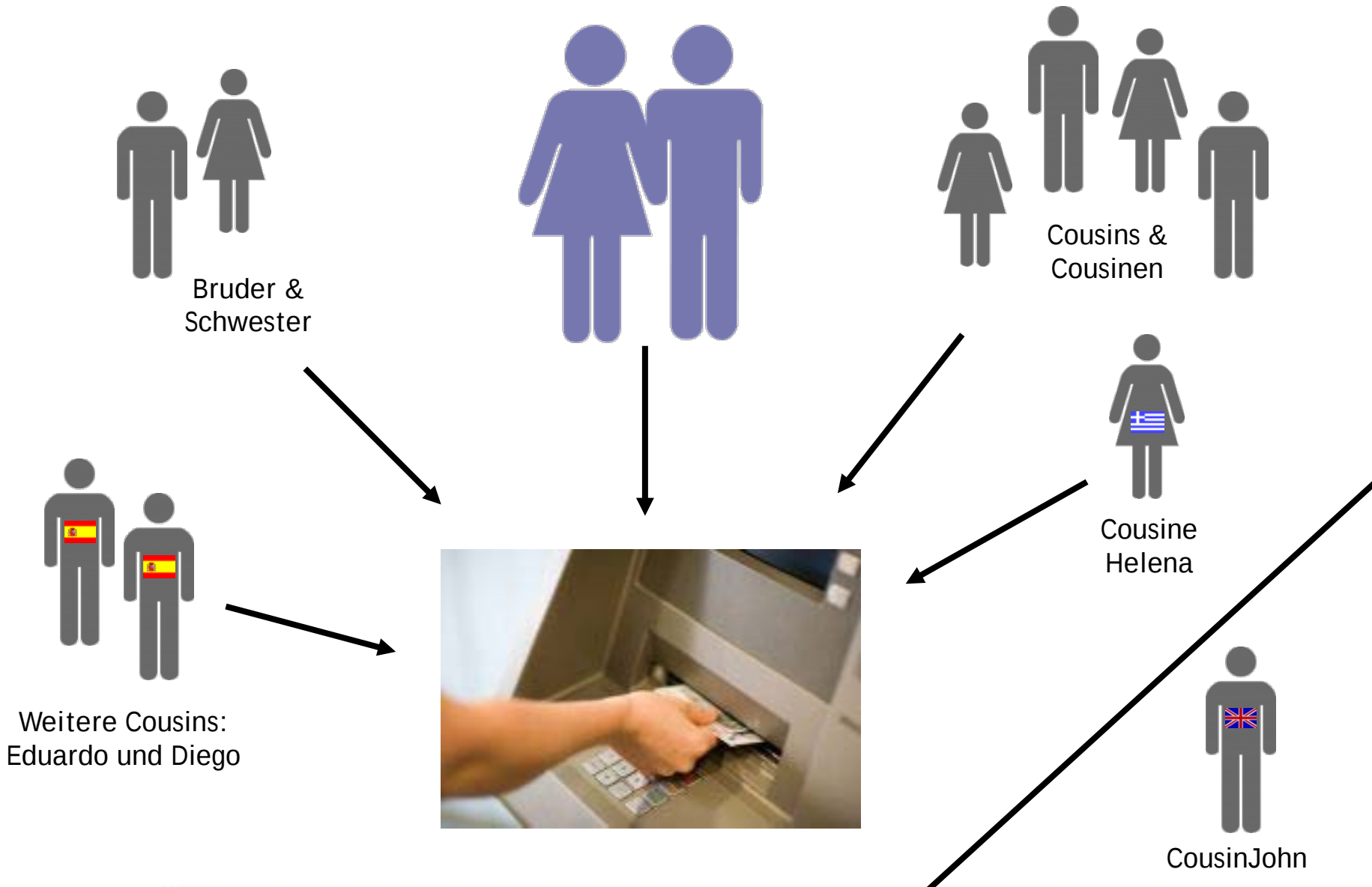
Rendite 10-jähriger Staatsanleihen in den Euro Ländern



Quelle: Datastream.

Die „Euro- Parabel“

(Rogoff, K. 2012)



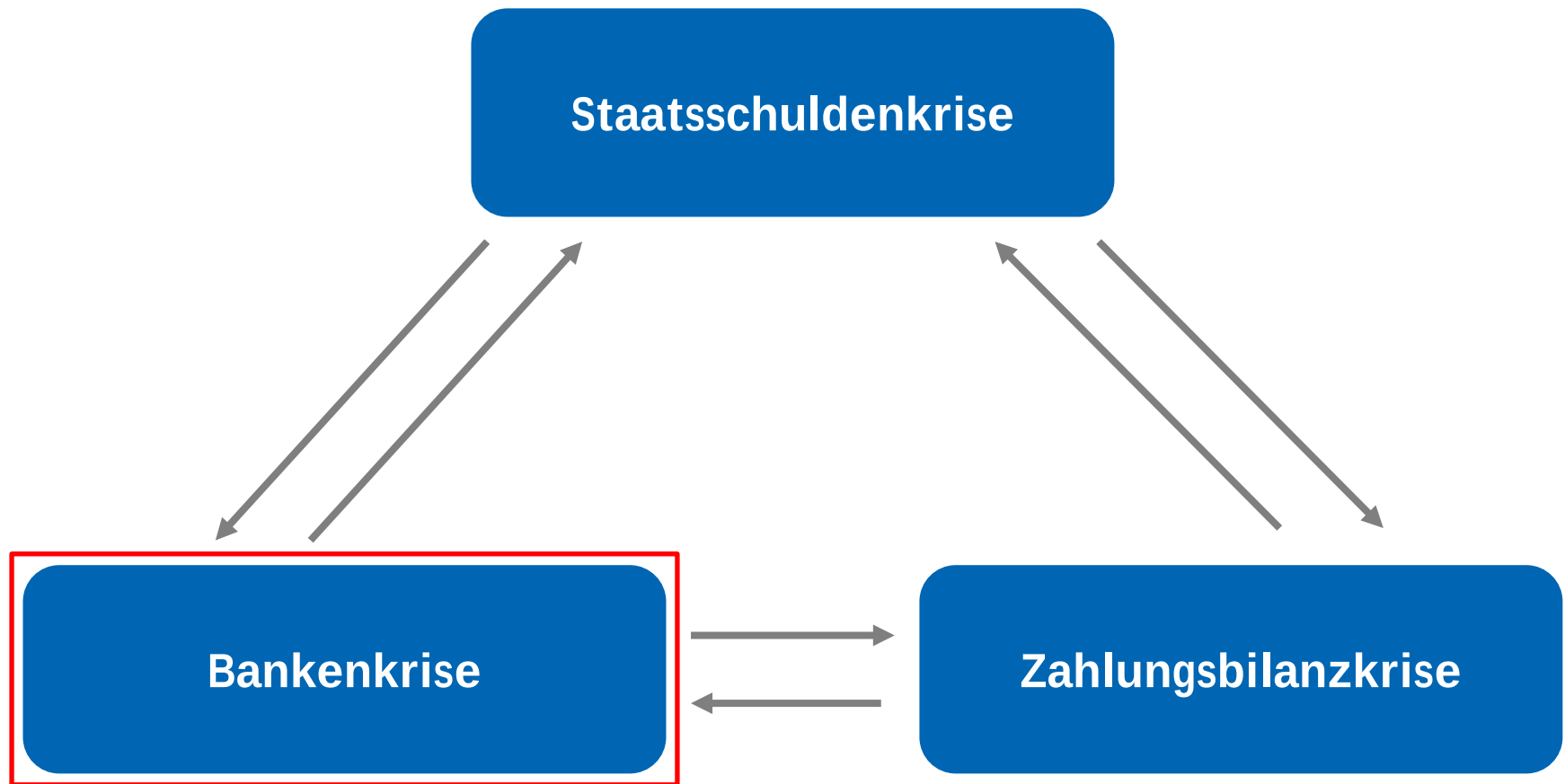
Das Restaurantbeispiel

Tag 1:

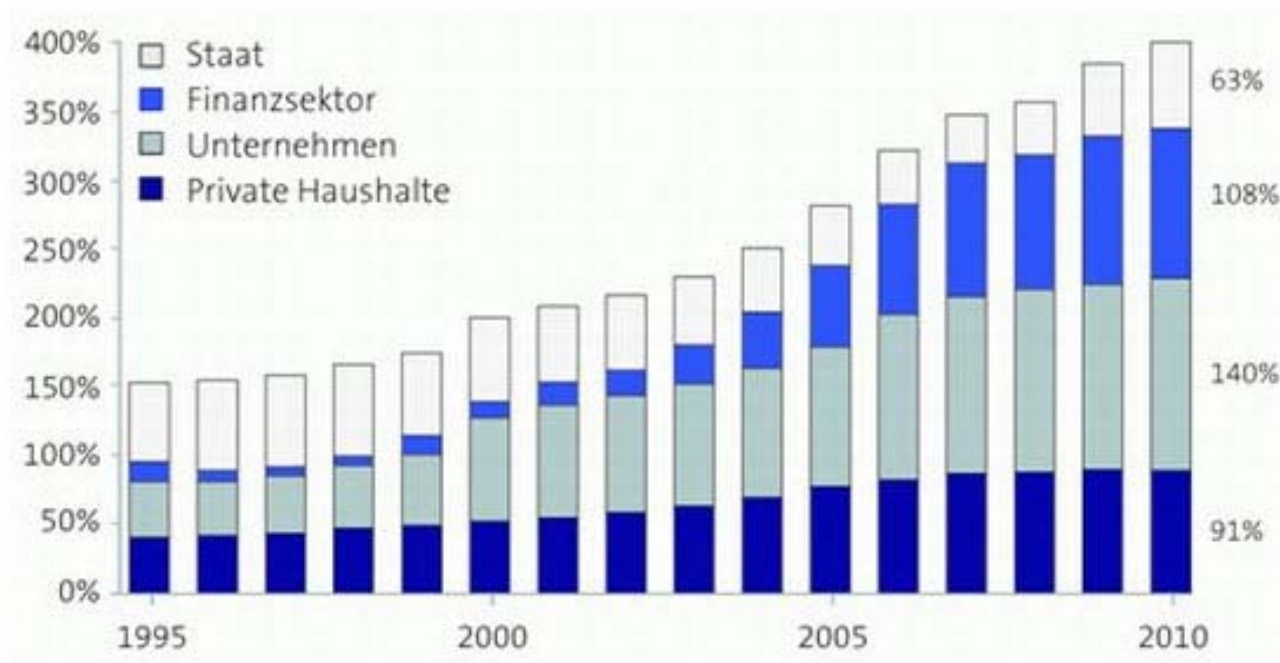
Getrennte Rechnung
(jeder zahlt sein Essen)

Tag 2:

Gemeinsame Rechnung
(jeder zahlt 1/5)



Spanische Gesamtverschuldung in Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

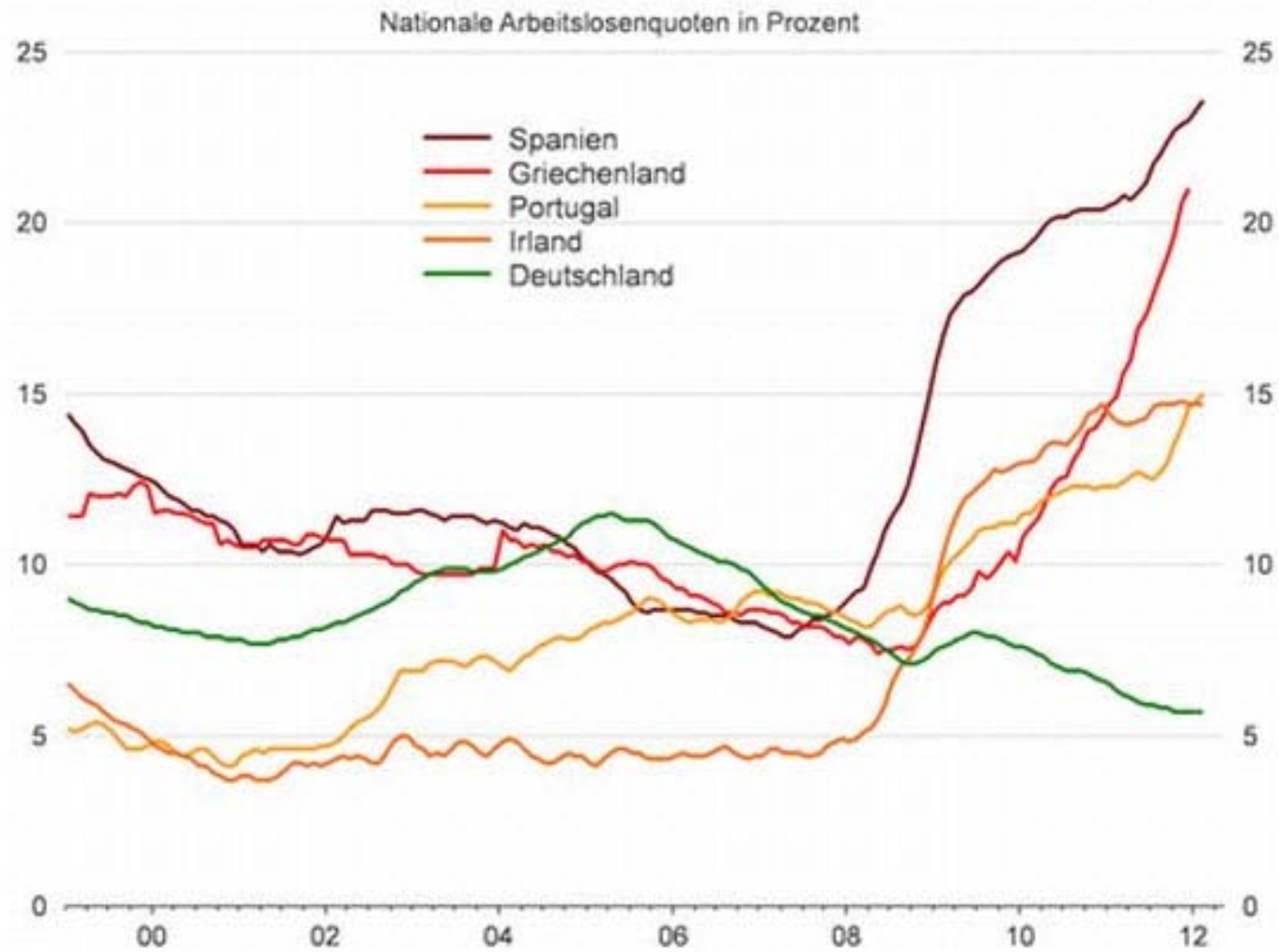


Quelle: Spanische Notenbank, Flossbach von Storch

Die Immobilienkrise in Spanien

- **Wertgutachten** für Wohnungen/Häuser lagen oftmals höher als der Kaufpreis
- **Risiko der Überbewertung** wurde als gering eingeschätzt
 - steigende Immobilienpreise
 - Risiko wurde verbrieft und weiter gereicht
- Angesichts der **hohen Arbeitslosigkeit** sind viele Spanier nicht mehr in der Lage, ihre Hypothekenschulden zu bedienen

(1) Bankenkrise

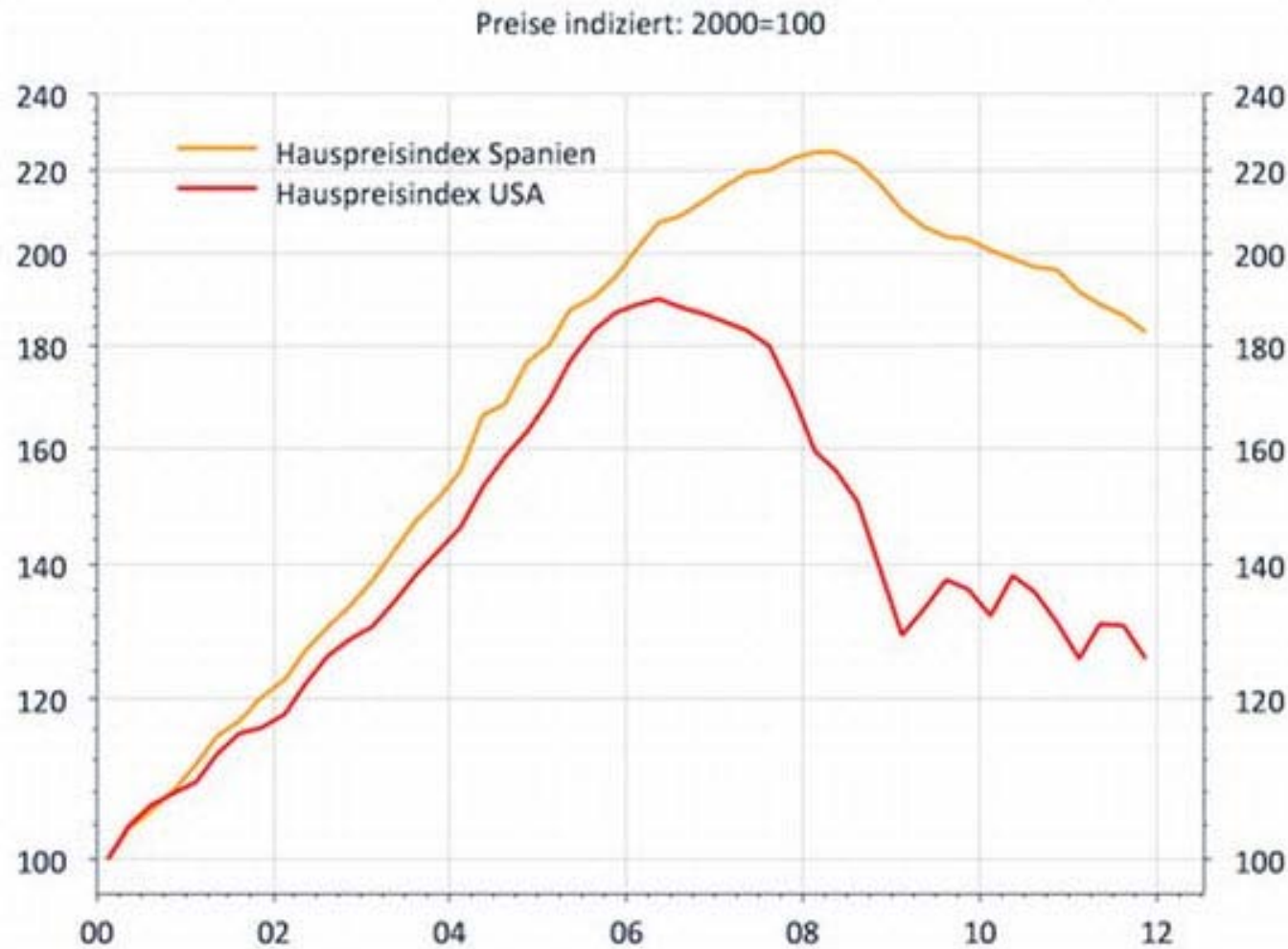


Quelle: Thomson Reuters Datastream

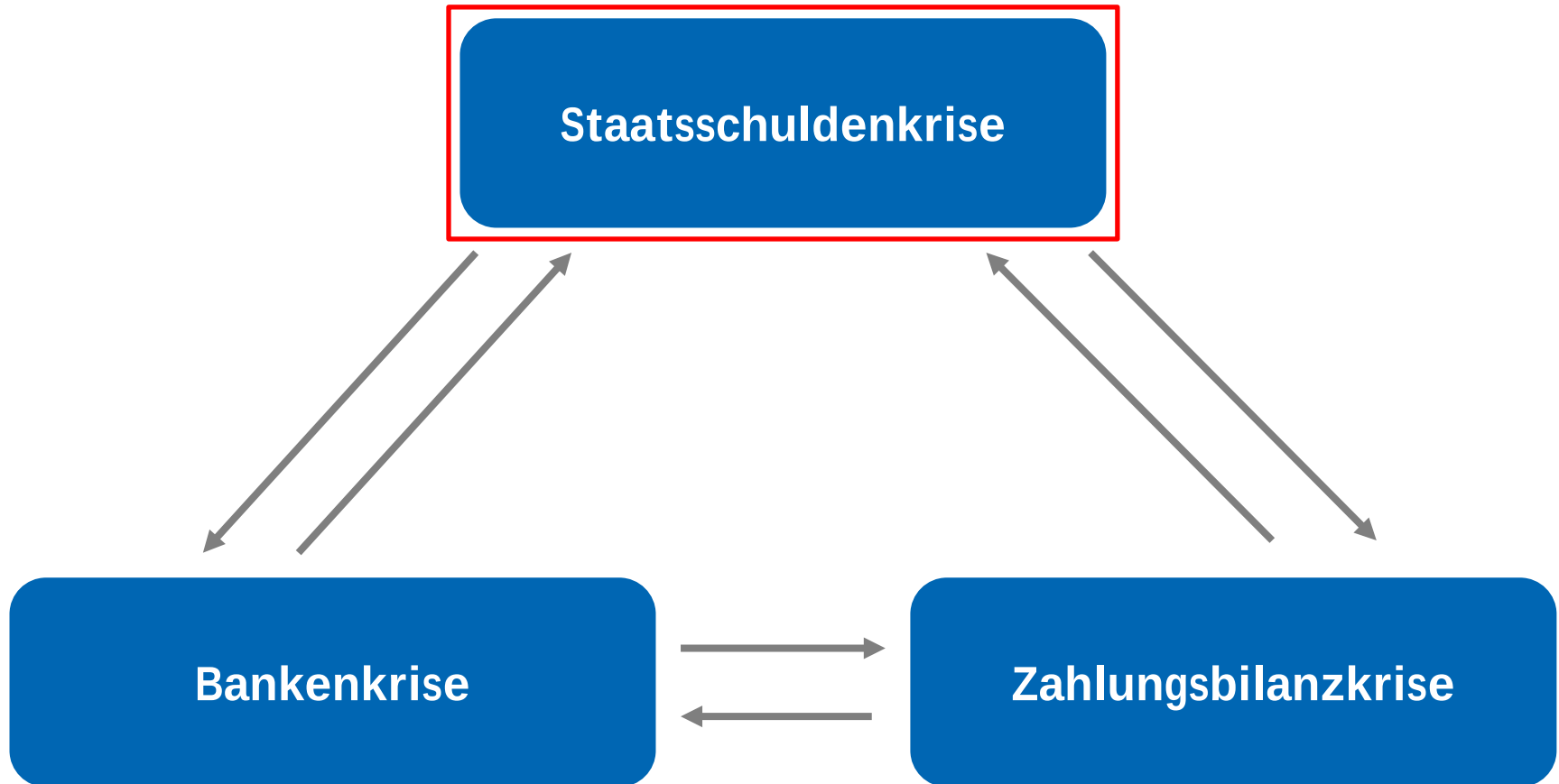
Die Immobilienkrise in Spanien

- **Wertgutachten** für Wohnungen/Häuser lagen oftmals höher als der Kaufpreis
- **Risiko der Überbewertung** wurde als gering eingeschätzt
 - steigende Immobilienpreise
 - Risiko wurde verbrieft und weiter gereicht
- Angesichts der **hohen Arbeitslosigkeit** sind viele Spanier nicht mehr in der Lage, ihre Hypothekenschulden zu bedienen
- Der **Angebotsüberschuss am Immobilienmarkt** drückt auf die Häuserpreise

Spanische Immobilienblase platzt



Quelle: Thomson Reuters Datastream



„Was spricht für
Staatsverschuldung?

Fast nichts – würde ich als
Ökonom erwidern.

Einiges – hätte ich als
Politiker gesagt.“

Robert K. von Weizsäcker

Professor für VWL
an der TU München

Staatsverschuldung kann
ökonomisch begründet werden:

- zur Steuerglättung (tax smoothing)
- zum antizyklischen Konjunkturausgleich
- zur intertemporalen Lastenverschiebung.

Staatsverschuldung ist mit
ökonomischen Problemen verbunden:

- eingeschränkter Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte
- Verdrängung privater Nachfrage
- Inflationsrisiko
- intergenerationelle Verteilungsprobleme

In demokratisch regierten Industrieländern steigen unaufhörlich zwei Dinge:

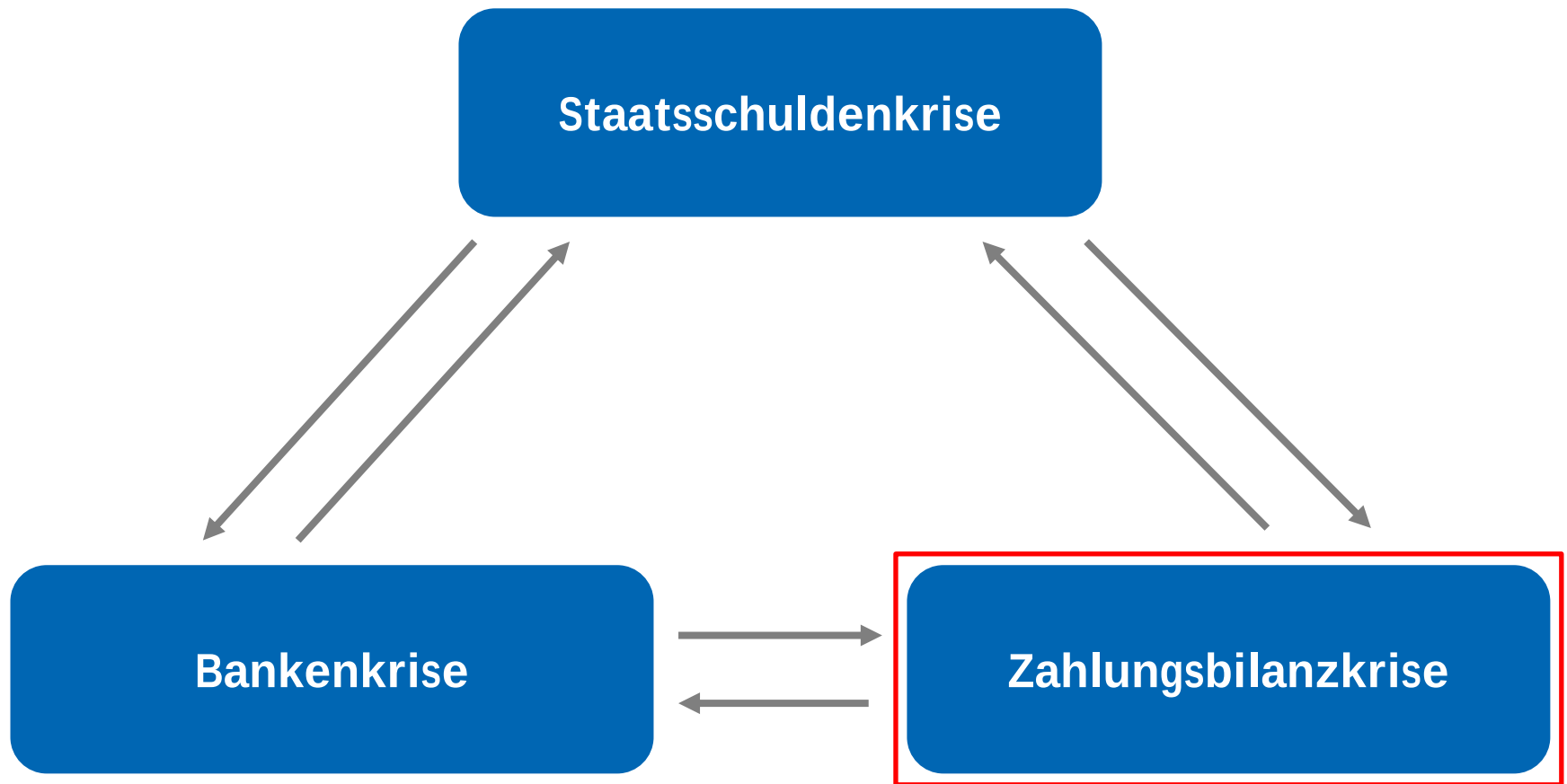
- (1) Die **merklichen Ausgaben** (Subventionen an Unternehmen und direkte Transfers an private Haushalte) und
- (2) die **unmerklichen Einnahmen** (indirekte Steuern und eben die Staatsverschuldung).

These:

Die merklichen Ausgaben werden insbesondere kurz vor den Wahlterminen angehoben und mit unmerklichen Einnahmearten finanziert.

Der Verlauf der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum

- Die **Zinsen** in den Südländern gingen runter auf deutsches Niveau
→ Die Kreditaufnahme stieg
- Es entwickelte sich ein „**künstlicher**“ **Wirtschaftsboom**
→ Preise und Löhne stiegen
- Die Importe gingen hoch, die Exporte runter
→ zu hohe **Leistungsbilanzdefizite** in den Südländern

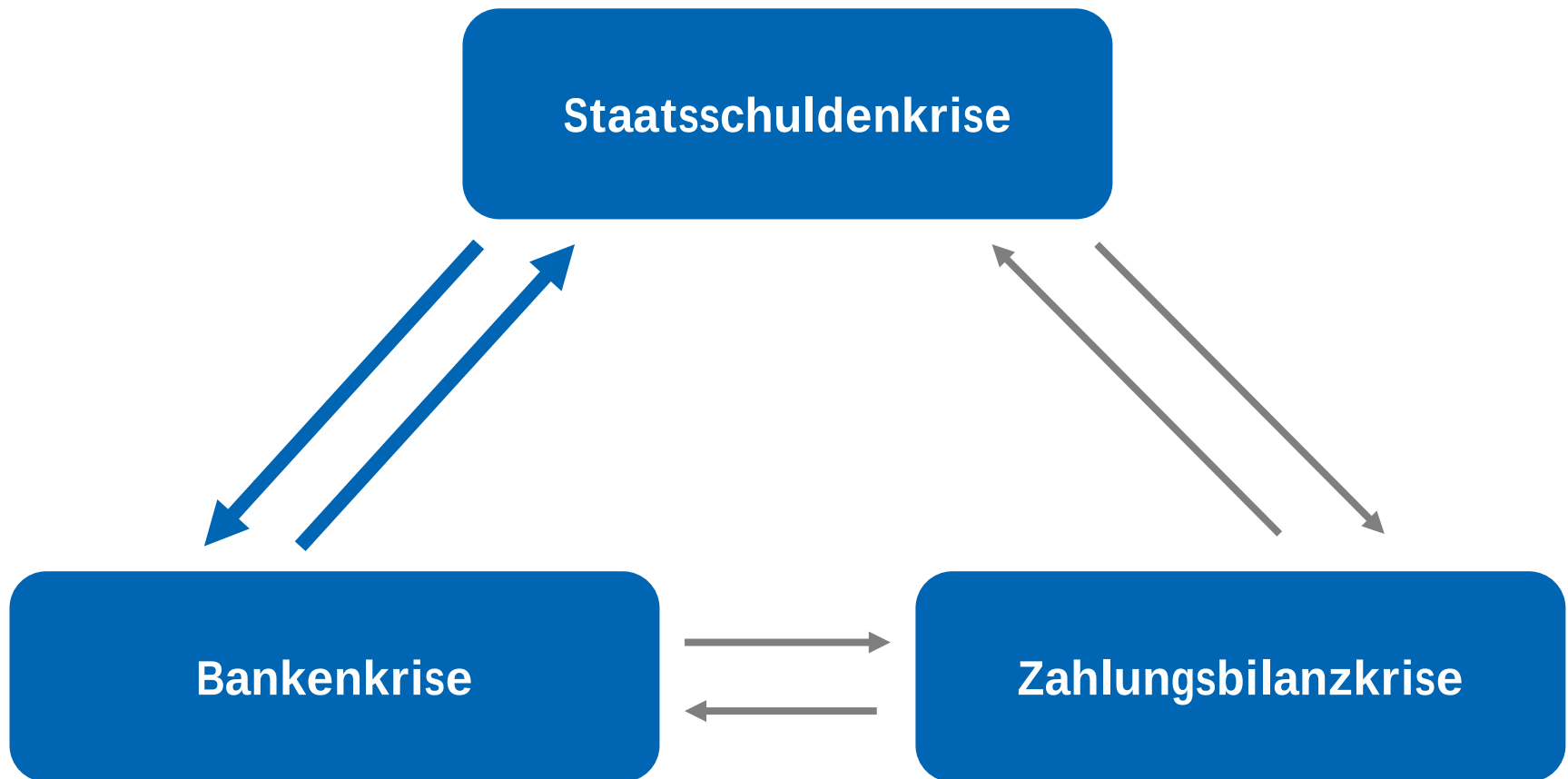


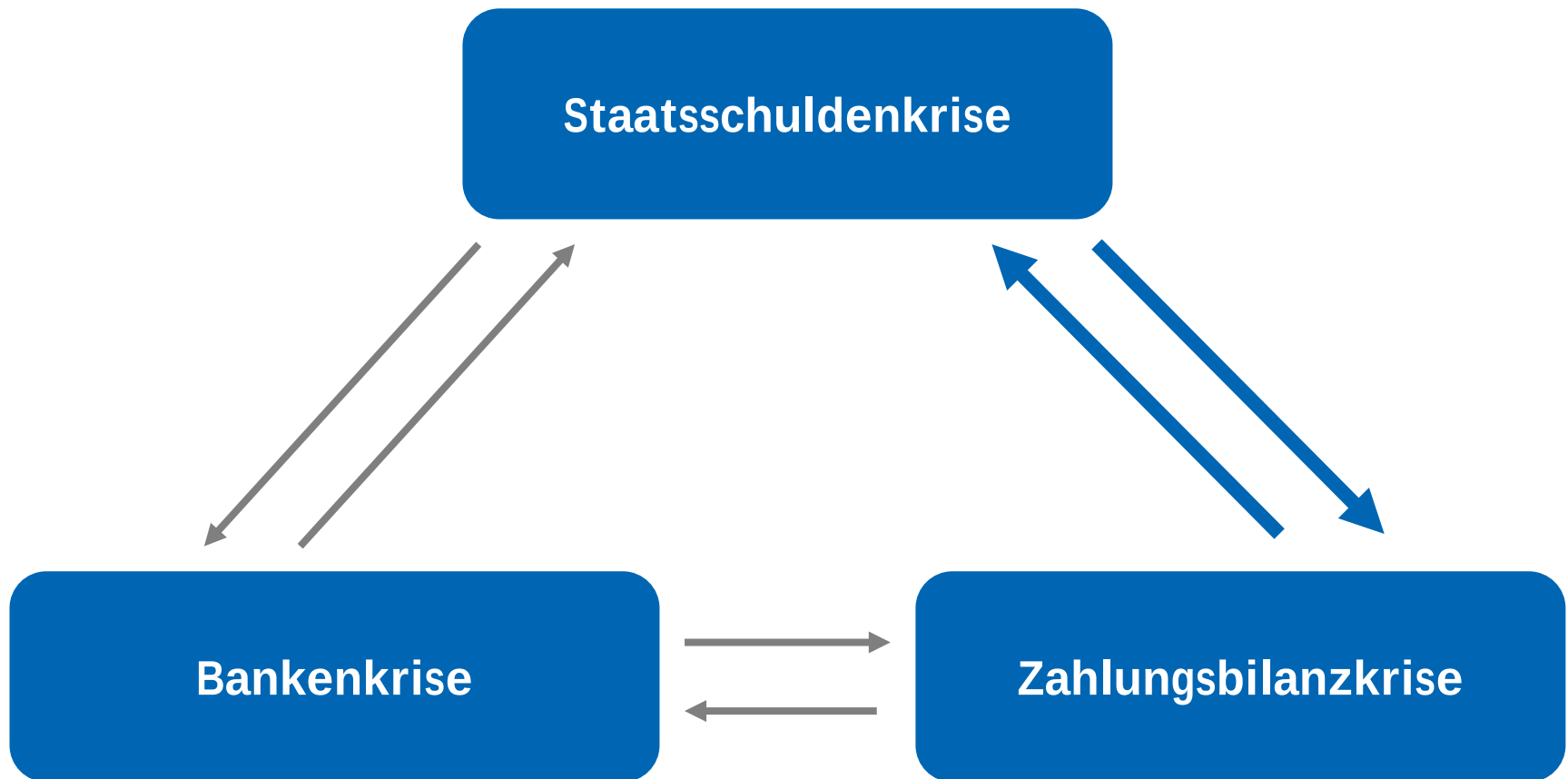
Die **Zahlungsbilanz** erfasst alle Zahlungsströme zwischen Inland und Ausland

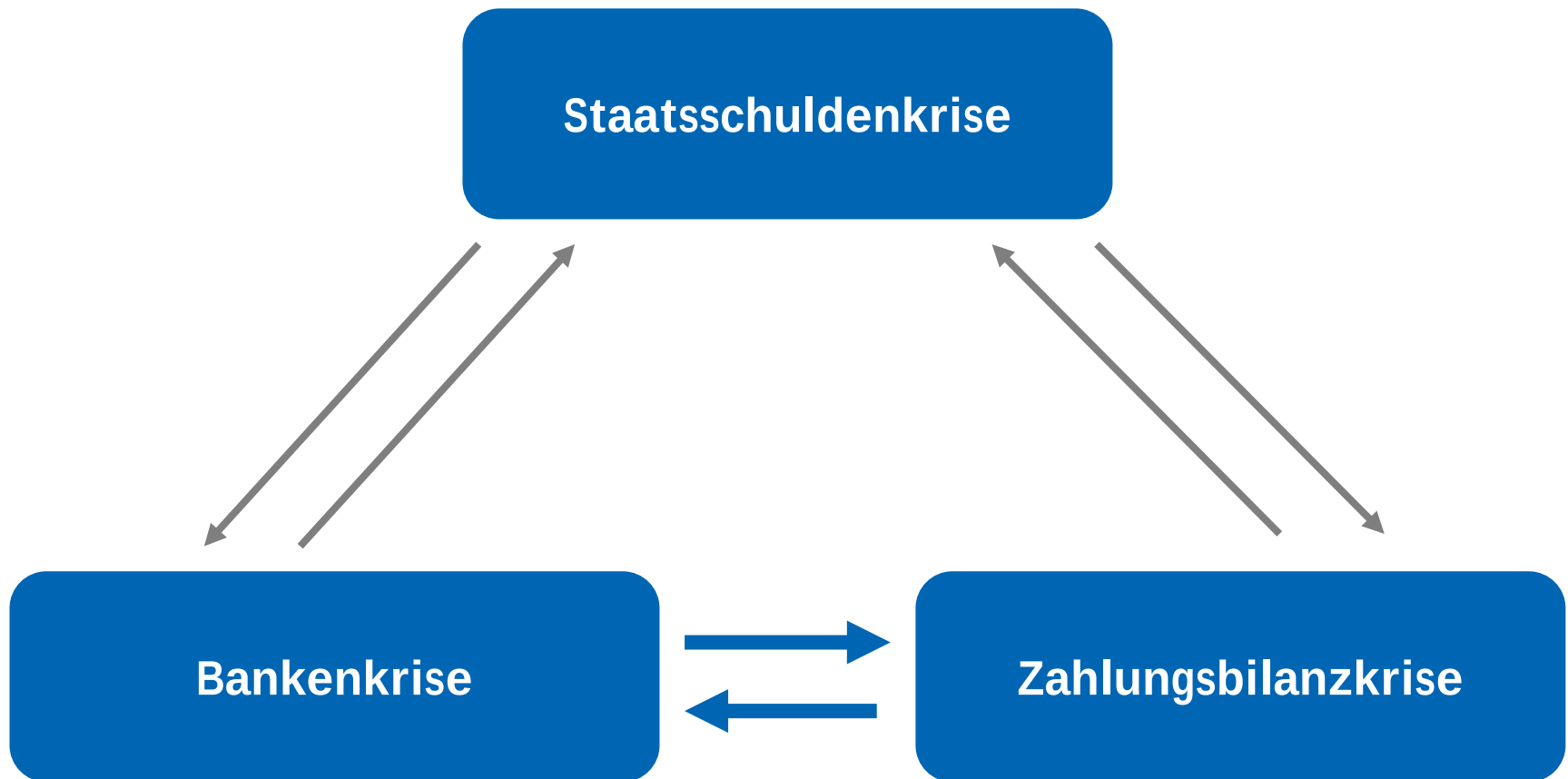


Die Zahlungsbilanz ist sozusagen
die **Einnahmen-Ausgaben-Rechnung** einer Volkswirtschaft

- Die Zahlungsbilanz sagt aus, ob eine Volkswirtschaft im Vergleich zur Weltwirtschaft **wettbewerbsfähig** ist
- **Zahlungsbilanzkrise:** Überfinanzierung des Lebensstandards durch starke Kapitalzuflüsse aus dem Ausland
- Die direkte Folge einer Zahlungsbilanzkrise ist üblicherweise eine **Währungskrise im Inland**







Konnte man die
Krise nicht
voraussehen?

Ist die EU
überhaupt ein
optimaler
Währungsraum?

Ist die EU zu
schnell
gewachsen?

Gab es keine
geeigneten
„Spielregeln“?

EU-Konvergenzkriterien

- Preisstabilität: Die **Inflationsrate** darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.
- Der staatliche **Schuldenstand** darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen
- Das jährliche **Haushaltsdefizit** darf nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen
- **Wechselkursstabilität**: Der Staat muss mindestens zwei Jahre lang ohne Abwertung am Wechselkursmechanismus II teilgenommen haben
- Der **Zinssatz langfristiger Staatsanleihen** darf nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.

No-Bailout-Klausel (Nichtbeistands-Klausel)

„Die **Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen**, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; [...]

Ein **Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen**, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; [...]

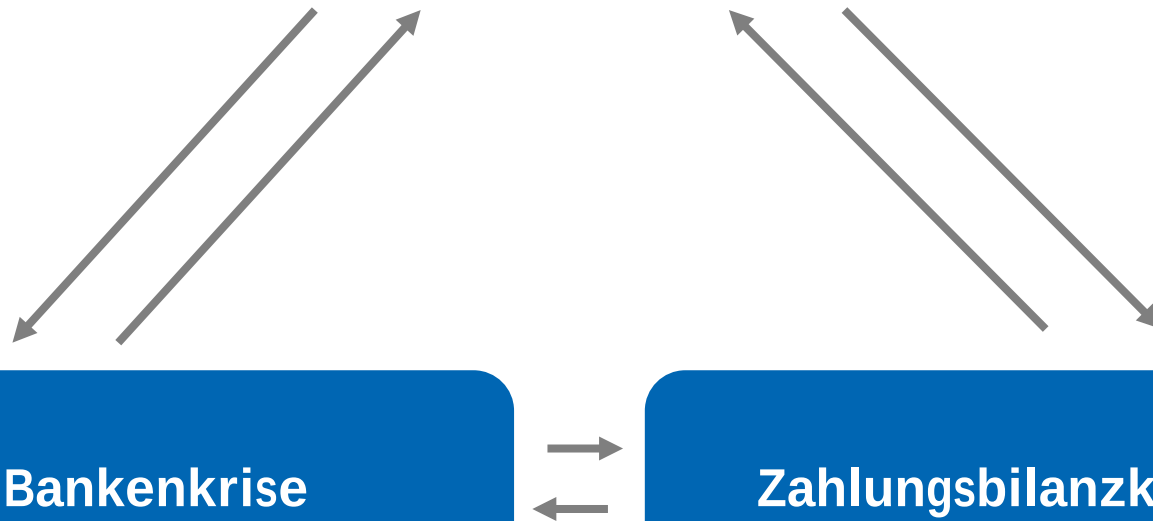
(Art. 125 AEU-Vertrag, 2009)

Institutionelle Krise

Staatsschuldenkrise

Bankenkrise

Zahlungsbilanzkrise



- (1) Rettungsmaßnahmen (EFSM, EFSF, ESM)
- (2) Haushaltskonsolidierung (Fiskalpakt)
- (3) Wachstumsimpulse (Wachstumspaket)
- (4) „Vereinigte Staaten von Europa“

„Es muss einen Mittelweg zwischen
der Verweigerung von Hilfe für
bedrängte Nachbarstaaten und der
Schaffung eines
Selbstbedienungsladens für die
Staatsfinanzierung geben.“

Hans-Werner Sinn

Professor für Nationalökonomie
und Finanzwissenschaft
an der LMU München/
Präsident des ifo-Instituts

„Die Politik der Bundesregierung zur Neuordnung der Finanzmärkte richtet sich nach fünf Grundsätzen:

- (1) Der **Haftung** wieder Geltung verschaffen
- (2) Das **Finanzsystem** insgesamt krisenfester machen
- (3) Die **Transparenz** der Märkte und Produkte erhöhen
- (4) Die **Verursacher** an den Kosten der Krise beteiligen
- (5) Die **Aufsicht** durchsetzungstärker machen“

(Bundesministerium der Finanzen, 10.09.2012)